

## Unterrichtung

durch den Bundesrat

**Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung  
offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen  
für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage  
(Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz — EALG)  
— Drucksachen 12/4887, 12/5108, 12/5190, 12/7588, 12/7593 —**

**hier: Zustimmungversagung gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes**

Der Bundesrat hat in seiner 670. Sitzung am 10. Juni 1994 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 20. Mai 1994 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 80 Abs. 2, Artikel 84 Abs. 1, Artikel 85 Abs. 1, Artikel 105 Abs. 3 und Artikel 108 Abs. 5 des Grundgesetzes nicht zuzustimmen.

Der Bundesrat hat ferner die nachstehende Entschlie-  
ßung gefaßt:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Aus-  
gleich der Schäden aus Kreispachtverträgen und verlo-  
renen Inventarbeiträgen alsbald in einem besonderen  
Gesetz zu regeln. Ein solcher Ausgleich ist mehrfach  
angekündigt, bisher aber nicht verwirklicht worden.  
Der entstandene Schaden war systembedingt und  
in der Auswirkung für die Betroffenen ähnlich bedeu-  
tend wie die Enteignungen aufgrund des Besatzungs-  
rechtes.

